

B E S C H L U S S
aus der 8. Sitzung
des Ausschusses für Jugend, Schule, Soziales,
Kultur und Sport der Gemeinde Kall
vom 24.01.2017



ÖFFENTLICHER TEIL

Zu 3.3 Sachstandsbericht Wohnsitzauflage

Vorlagen-Nr.: 8/2017

Beratungsverlauf:

Frau Gempfer erklärt den Hintergrund der vom Bund beschlossenen Wohnsitzauflage. Ballungszentren, insbesondere in Städten, sollen vermieden werden. Die Gestaltung der Wohnsitzauflage obliege den Ländern. Das Land NRW habe sich auf eine Bindung von drei Jahren an den Wohnsitz festgelegt. Auf Antrag könne hiervon abgewichen werden, soweit ein Ausbildungs-/Studienplatz in einer anderen Kommune liege. Die Leute sollen zukünftig in der Unterbringungseinrichtung ihre Anerkennung und gleichzeitig die Wohnsitzauflage erhalten. Derzeit liegen bedauerlicherweise häufig Umzüge dazwischen.

Herr Heller informiert, dass der Integrationsschlüssel hier -unabhängig vom Zuweisungsschlüssel- greife. Im Jahr 2017 seien nach derzeitigem Stand rund 40 Zuweisungen zu erwarten, es müsse jedoch tatsächlich von einer höheren Zahl ausgegangen werden. Die Zuweisungen seien ab März 2017 zu erwarten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend, Schule, Soziales, Kultur und Sport nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.